

Braunschweigische
Wissenschaftliche Gesellschaft

Jahrbuch 2015

Sonderdruck
Seiten 243–255



J. CRAMER Verlag · Braunschweig
2016

FEIERLICHE JAHRESVERSAMMLUNG

Der Herrscher, die Kirche und das Problem der öffentlichen Gewalt in der Karolingerzeit*

STEFFEN PATZOLD

Fachbereich Geschichtswissenschaft, Seminar für mittelalterliche Geschichte Universität
Tübingen Wilhelmstraße 36, D-72074 Tübingen, E-Mail: steffen.patzold@uni-tuebingen.de

Johannes Fried hat mit seinen Arbeiten zur Karolingerzeit diesem sehr internationalen Forschungsfeld immer wieder neue, immer wieder überraschende, immer wieder auch kontroverse Impulse gegeben¹. Wegweisend war hier schon ein sehr früher Aufsatz, der 1982 in der ehrwürdigen „Historischen Zeitschrift“ erschien: „Der karolingische Herrschaftsverband im 9. Jh. zwischen ‚Kirche‘ und ‚Königshaus‘“. In diesem vielzitierten Beitrag hat Johannes Fried auf breiter Quellenbasis nachgezeichnet, in welchen Kategorien die gebildeten Eliten im Frankenreich des 9. Jahrhunderts ihre Gesellschaft und deren politische Ordnung erfaßten und mental ordneten. Er vertrat die These: Damals habe es zwei mächtige, fundamentale Kategorien gegeben – zum einen diejenige, die die Eliten mit dem Wort „*ecclesia*“ bezeichnen konnten; zum anderen diejenige, die solche Leute mit Wörtern wie „*regnum*“ oder „*res publica*“ bezeichneten. Mit „*ecclesia*“ meinten die Zeitgenossen aber nicht etwa die Kirche als Organisation, getragen von Geistlichen (wie wir heute es vielleicht erst einmal annehmen würden) – sondern die Gemeinschaft aller Christen. Und als „*regnum*“ oder auch als „*res publica*“ bezeichnete man nicht etwa den Staat (wie wir ihn seit der Staatsrechtslehre des 19. Jahrhunderts denken können). Ja, mehr noch: Die beiden Wörter bezeichneten nicht einmal das „Gesamt der politischen Ordnung des 9. Jahrhunderts“ in jener Form, wie es Historiker seinerzeit, im Jahr 1982, zu beschreiben pflegten. Die Wörter „*regnum*“ und „*res publica*“ bezogen sich, so lautete Johannes Frieds These, auf die Herrschaftssphäre des Königs, auf das Königshaus².

* Der Vortrag wurde am 08.05.2015 beim Carl-Friedrich-Gauß-Kolloquium anlässlich der Jahresversammlung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

¹ Hier können selbstredend nur *pauca de multis* genannt werden. Wichtig waren zuletzt vor allem: Johannes FRIED, Karl der Große. Gewalt und Glaube. Eine Biographie, München 2013; DERS., „Donation of Constantine“ and „Constitutum Constantini“. The Misinterpretation of a Fiction and Its Original Meaning (Millenium-Studien 8), Berlin 2007.

² Johannes FRIED, Der karolingische Herrschaftsverband im 9. Jh. zwischen „Kirche“ und „Königshaus“, in: Historische Zeitschrift 245 (1982), S. 1–43.

Das heißt zugespitzt: Die Zeitgenossen hatten eine erste wirkmächtige Kategorie (die *ecclesia*), die deutlich weiter gefaßt war als unser heutiger Staatsbegriff; denn sie erfaßte die irdische Gemeinschaft aller Christen. Und sie hatten eine zweite wirkmächtige Kategorie (das *regnum*), die aber deutlich enger gefaßt war als unser Staatsbegriff; denn sie erfaßte nur das Königshaus, die Sphäre des Königs. Wofür die Zeitgenossen dagegen gar keine Kategorie hatten, das war jener Herrschaftsverband, der damals in der Praxis das Gesamt der politischen Ordnung ausgemacht habe. Diesen Herrschaftsverband sahen also erst Historiker im Rückblick: Zu ihm gehörten nicht nur die königliche Herrschaft und das Königshaus; zu ihm gehörte auch die Herrschaft jener Aristokraten, die selbst gleichsam neben dem Königshaus standen. Ihre Herrschaft war nämlich nicht abgeleitet von der des Königs, schon gar nicht von ihm delegiert. Sie stand *neben* der des Königs; und sie war auch in ihrer Qualität nicht systematisch von der Herrschaft des Königs geschieden: Beide Herrschaftskreise wurzelten in der Haus- und Gefolgschaftsherrschaft; beide waren kirchlich legitimiert; beide umfaßten „Herrschaft über Freie, Gericht, Schutz, ‘Zwing und Bann’“³.

Diese zeitgenössischen Kategorien, so hat Johannes Fried 1982 am Ende des fundamentalen Beitrags argumentiert, hatten gravierende Folgen für die Geschichte der Karolingerzeit. Denn was man mental gar nicht erfaßt, das kann man auch nicht zur Grundlage politischer Entscheidungen machen: „Die intellektuellen Mittel, die konstruktiven Denkmodelle reichten offenbar nicht aus, die Krise des karolingischen Herrschaftsverbandes zu meistern“⁴. Genau das, so lautete die These, erkläre die beiden politischen Hauptprobleme im Verlaufe des 9. Jahrhunderts: das Auseinanderbrechen des Reiches; und die „immer ungehemmter sich austobende Gegenwärtigkeit eines sich auf eigene Herrschaftsrechte stützenden Adels“⁵.

Ich habe diesen Aufsatz schon als Student Anfang der 1990er Jahre mehrfach gelesen – und nicht nur deshalb, weil mein akademischer Lehrer, Hans-Werner Goetz, ganz anderer Meinung war: Er hatte 1987 die Auffassung vertreten, daß das Wort „*regnum*“ durchaus auch eine Kategorie bezeichnen konnte, die das „Gesamt der politischen Ordnung“ umfaßte, also den „Herrschaftsverband“ von König *und* Adel⁶. Damit war jener Gelehrtenstreit geboren, den man bald die „Fried-Goetz-Kontroverse“ nennen konnte. Sie lief noch bis über die Jahrtausendwende weiter⁷.

³ Ebd., S. 17.

⁴ Ebd., S. 43.

⁵ Ebd., S. 42.

⁶ Hans-Werner GOETZ, *Regnum: Zum politischen Denken der Karolingerzeit*, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abt. 104 (1987), S. 110–189.

⁷ Johannes FRIED reagierte in dem Beitrag: *Gens und regnum. Wahrnehmungs- und Deutungskategorien politischen Wandels im früheren Mittelalter. Bemerkungen zur doppelten Theoriebindung des Historikers*,

Tatsächlich geht es in diesem Gelehrtenstreit mediävistisch um einiges: Zur Diskussion steht die Frage, wie wir das politische Handeln eines Karls des Großen und seiner Magnaten erklären können. Welche Kategorien standen diesen Leuten zur Verfügung, um ihre Welt zu ordnen? Auf welcher Grundlage also konnten Karl und seinesgleichen überhaupt Entscheidungen treffen und regieren?

Es ist hier nicht der Ort, den jahrzehntealten Gelehrtenstreit über das Bedeutungsspektrum von Wörtern wie „*regnum*“ und „*res publica*“ fortzuführen. Mir geht es statt dessen darum, Johannes Frieds mehr als drei Jahrzehnte alten Ausführungen zur *ecclesia* im Lichte der heutigen internationalen Forschung zur Karolingerzeit neu zu würdigen. Hier darf man nun zunächst einmal konstatieren: Was Johannes Fried 1982 über die *ecclesia* geschrieben hat, das ist heute zum Standard unseres Faches geworden. Andere haben seine Auffassungen aufgegriffen und in interessanter Weise weiterentwickelt – besonders Mayke de Jong mit ihren Arbeiten zur *ecclesia* und zum politischen Diskurs zur Zeit Ludwigs des Frommen⁸. Die internationale Forschung geht heute wie selbstverständlich davon aus, daß das Wort „*ecclesia*“ im 9. Jahrhundert einen fundamentalen, politischen Gemeinschaftsbegriff bezeichnete, der ganz wesentlich das Handeln der karolingischen Könige und ihrer Eliten strukturiert habe: Die *ecclesia* war der Rahmen, innerhalb dessen Könige und Magnaten ihre Entscheidungen trafen – und auch ihre Macht aushandelten (also: Politik betrieben). Und es ist richtig: Diese *ecclesia* meinte etwas sehr anders als das, was Historiker in den 1980er Jahren als karolingischen „Herrschaftsverband“ angesprochen haben; es meinte die Gemeinschaft aller Christen in ihrer politischen Organisationsform hier auf Erden. Um es pointiert zu formulieren: Das Gegenüber dieser *ecclesia* waren nicht die Laien, schon gar nicht der Staat; ihr Gegenüber waren die vor Gott Verworfenen, die Exkommunizierten, Juden, Häretiker, Heiden...

Was aber bedeutet diese fundamentale Erkenntnis, wenn wir heute die politische Geschichte des 9. Jahrhundert schreiben? Und welche Konsequenzen ergeben sich

zu⁷ in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hg. v. Jürgen Miethke / Klaus Schreiner, Sigmaringen 1994, S. 73–104; zum Fortgang und zu den Kernproblemen der Debatte vgl. dann die konzise Zusammenfassung bei Jörg JARNUT, Anmerkungen zum Staat des frühen Mittelalters. Die Kontroverse zwischen Johannes Fried und Hans-Werner Goetz, in: Akkulturation. Probleme einer germanisch-romanischen Kultursynthese in Spätantike und frühem Mittelalter, hg. v. dems. / Dieter Hägermann / Wolfgang Haubrichs (Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde 41), Berlin u.a. 2004, S. 504–509; Johannes Fried hat auch danach noch an seiner Auffassung festgehalten: Vgl. DERS., Warum es das Reich der Franken nicht gegeben hat, in: Die Macht des Königs. Herrschaft in Europa vom Frühmittelalter bis in die Neuzeit, hg. von Bernhard Jussen, München 2005, S. 83–89.

⁸ Vgl. vor allem Mayke de Jong, *Sacrum palatium et ecclesia. L'autorité religieuse royale sous les Carolingiens (790–840)*, in: *Annales HSS* 58 (2003), S. 1243–1269; DIES., *Ecclesia and the Early Medieval Polity*, in: *Staat im frühen Mittelalter*, hg. von Stuart Airlie / Walter Pohl / Helmut Reimitz (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, Denkschriften, Bd. 334. Forschungen zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 11), Wien 2006, S. 113–132; DIES., *The Penitential State. Authority and Atonement in the Age of Louis the Pious, 814–840*, Cambridge 2009.

daraus für unser heutiges Bild von dem „Gesamt der politischen Ordnung“ des 9. Jahrhunderts? Johannes Frieds Ausführungen zur *ecclesia* können uns – so lautet meine These – heute dabei helfen, ein neues Bild von der politischen Ordnung und Praxis der Karolingerzeit zu entwickeln und auch den Herrschaftsanspruch karolingischer Könige neu einzuschätzen.

*

Johannes Fried hat 1982 gezeigt, daß die Zeitgenossen des 9. Jahrhunderts keinen Begriff von dem Herrschaftsverband von Königs- und Adels Herrschaft als dem Gesamt ihrer politischen Ordnung hatten. Mehr als 30 Jahre später dürfen wir sogar noch etwas radikaler sein: Die Intellektuellen der Karolingerzeit haben diesen Herrschaftsverband deshalb nicht mental erfaßt, weil er gar nicht existierte. Tatsächlich ist dieser Herrschaftsverband nicht mehr als ein mediävistisches Modell, ein Produkt von Wissenschaftlern des 20. Jahrhunderts. Der karolingische Herrschaftsverband war nicht ein Faktum der Welt Karls des Großen; er war ein zeitbedingtes Konstrukt deutscher Mediävisten der 1930er und 1940er Jahre.

Um diese These plausibel zu machen, ist ein Rückblick in die Geschichte der Mittelalterforschung in Deutschland notwendig – und zwar mindestens bis in das 19. Jahrhundert zurück. Damals war der karolingische Herrschaftsverband noch gar nicht erfunden. Immerhin diskutierten Historiker aber bereits sehr grundsätzlich über die Verfassung des Frankenreichs. Ein wichtiger Streitpunkt in dieser Debatte war die Frage, ob schon die Reiche des Frühmittelalters Staaten gewesen seien. Dabei projizierten die Wissenschaftler die politischen Sehnsüchte ihrer Gegenwart in eine längst vergangene Frühzeit, die ihnen als ursprünglich, golden, noch nicht der Dekadenz verfallen galt⁹. Die Verfassung dieser frühen Idealzeit wiederum – darin waren sich die meisten deutschen Historiker damals einig – war jedenfalls für die Gebiete Deutschlands durch ein „germanisches Wesen“ geprägt, das man scharf vom „römischen“ bzw. „romanischen Wesen“ abgrenzte.¹⁰

Die politische Ordnung der alten Germanen entwarf man dabei im Kern als liberal. Georg Waitz beispielsweise behauptete in seiner sehr einflußreichen „Deutschen Verfassungsgeschichte“: Freie, gleiche Grundbesitzer, politisch organisiert in sogenannten Hundertschaften, hätten sich im Zuge der germanischen „Wanderungen“

⁹ Kritisch dazu (aber selbst in seinem Mittelalter-Bild nicht minder in seiner Zeit verhaftet): Ernst Wolfgang BÖCKENFÖRDE, Die deutsche verfassungsgeschichtliche Forschung im 19. Jahrhundert. Zeitgebundene Fragestellungen und Leitbilder (Schriften zur Verfassungsgeschichte 1), Berlin 1961.

¹⁰ Vgl. statt anderer nur Georg WAITZ, Zur deutschen Verfassungsgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3 (1845), S. 6–50, hier S. 15–18 (hier nur in der Wertung des Germanischen, nicht in der Kategorisierung selbst in scharfer Polemik mit Sybel).

und Kriege zunächst gewählten Führern unterstellt, aus denen später dann die frühmittelalterlichen Könige hervorgegangen seien. Auch die hätten aber erst noch über einen Verband von freien, grundbesitzenden Untertanen geherrscht. Erst das Lehnswesen der Karolingerzeit habe dann diese direkte Bindung der Untertanen an den König allmählich zersetzt: Nun schoben sich nach und nach privatrechtliche Beziehungen – eben die Bindungen zwischen Lehnsherr und Vasall – gleichsam in den Staat hinein. So wurde die Verfassung feudalisiert und die öffentliche Gewalt und der Staat tiefgreifend umgeformt, wenn nicht sogar aufgelöst.¹¹

Über die Ursachen, die genaue Chronologie und die einzelnen Stufen dieser Entwicklung, auch über den Rechtscharakter der Beziehungen zwischen Untertan und König, Hörigem und Grundherrschaft, Vasall und Lehnsherrn – über all das stritten Mediävisten im 19. Jahrhundert zäh und intensiv. Um 1900 aber schien zweierlei festzustehen: 1) Autoritäten wie Paul von Roth,¹² Rudolf Sohm¹³ und dann vor allem Georg von Below¹⁴ hatten ein Gesamtbild etabliert, in dem die Verfassung des Frühmittelalters wie selbstverständlich mit den Kategorien der Verfassungsdiskussion des 19. Jahrhunderts erfasst wurde; und hierfür war die Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht fundamental. 2) Mit diesem Verfahren behauptete die herrschende Lehre um 1900, das frühmittelalterliche Frankenreich sei ein Staat im vollen Sinne des Wortes gewesen. Denn es sei getragen worden von einem Untertanenverband von freien Grundbesitzern, die in einem Verhältnis von öffentlich-rechtlichem Charakter zu ihrem König gestanden hätten.¹⁵

Diese ältere Lehre ist dann in Deutschland – und zunächst nur hier! – seit den 1930er Jahren durch die sogenannte „neue Verfassungsgeschichte“ abgelöst worden. Man könnte zugespitzt sagen: In deren neuem Modell erwuchs dem König mächtige Konkurrenz in Form autogener Adels Herrschaft; erst jetzt galt ein König des Frühmittelalters nur noch als einer von vielen Herrschaftsträgern in einem

¹¹ Georg WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte. 8 Bde., Kiel, Berlin 1844–1878; zu Waitzens großem Wurf vgl. aus rechtshistorischer Sicht auch Jürgen WEITZEL, Georg Waitz (1813–1886). Deutsche Verfassungsgeschichte, in: Hauptwerke der Geschichtsschreibung, hg. v. Volker Reinhardt, Stuttgart 1997, S. 707–710.

¹² Paul von ROTH, Geschichte des Beneficialwesens von den ältesten Zeiten bis ins zehnte Jahrhundert, Erlangen 1850.

¹³ Rudolf SOHM, Die altdeutsche Reichs- und Gerichtsverfassung, Bd. 1: Die fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung, Leipzig 1871 (seine Sicht vorab zusammenfassend: S. XII–XVI).

¹⁴ Georg von BELOW, Der deutsche Staat des Mittelalters. Bd. 1: Die allgemeinen Fragen, Leipzig 1914.

¹⁵ Vgl. von BELOW, Staat (wie Anm. 14), bes. S. 207–231. – Andere Entwürfe, wie etwa prominent von Otto von GIERKE, Das deutsche Genossenschaftsrecht, Bd. 1: Rechtsgeschichte der deutschen Genossenschaft, Berlin 1868, sollten damit überwunden werden; schon SOHM, Gerichtsverfassung (wie Anm. 13), S. IX, hatte gegen Gierke polemisiert: Seine Ansichten „verwandeln das fränkische Reich in ein grosses Landgut, und die fränkische Reichsregierung in eine Bauernwirtschaft“.

„Herrschaftsverband“. ¹⁶ Es ist hier nicht möglich, diese Forschungsentwicklung im einzelnen nachzuzeichnen. Hilfreich aber ist ein Blick auf Otto Brunner und Walter Schlesinger – zwei führende Köpfe dieser neuen Verfassungsgeschichte.

Otto Brunner hielt schon auf dem Erfurter Historikertag im Juli 1937 einen Vortrag, in dem er die Grundlinien der neuen Lehre skizzierte. Brunner ging dabei von folgender Beobachtung aus: Ein spätmittelalterliches „Land“ sei seinem „Wesen“ nach gerade nicht ein neuzeitlicher Staat gewesen – sondern, wie es Brunner 1937 formulierte, ein „germanischer Volksstaat“. ¹⁷ Um diese Institution richtig zu erfassen, sei es notwendig, die modernen Unterscheidungen ‚Staat‘ / ‚Gesellschaft‘ und ‚öffentlich‘ / ‚privat‘ zu überwinden. Brunner behauptete also eine radikale Alterität der mittelalterlichen Verfassung. Eben diejenige Dichotomie von „öffentlichrechtlich“ vs. „privatrechtlich“, die die gesamte ältere Diskussion über die Bindungen zwischen den Königen und ihren Untertanen strukturiert hatte – eben sie betrachtete Brunner nun als „modern“: Sie galt ihm als ganz und gar inadäquat, um die Welt vor dem 19. Jahrhundert historisch zu erforschen. ¹⁸

Brunner wollte deshalb für das Mittelalter überhaupt nicht mehr eine öffentliche Gewalt annehmen, die ihrer Natur nach distinkt gewesen wäre von Beziehungen privatrechtlicher Art. Statt dessen sah er alle mittelalterliche Herrschaft aus der Sphäre des Hauses hervorstammen: „Überall erscheint uns das Haus als Kern der Herrschaft“. ¹⁹ Die Rechte des Hausherrn aber – und das ist wichtig – „sind keine vom Staat übertragenen und daher wieder entziehbaren Rechte, mögen sie welchen Ursprungs immer sein“. ²⁰ Die Herrschaft des Hausherrn basiere vielmehr auf seiner Fähigkeit, im eigenen Haus zu „walten“ und die „Insassen“ seines Hauses gegen Übergriffe von außen zu schützen. ²¹ Die Grundherrschaft

¹⁶ Klassische Beiträge sind gesammelt bei Hellmut KÄMPF (Hg.): *Herrschaft und Staat im Mittelalter* (Wege der Forschung 2), Darmstadt 1960. – Vgl. außerdem Michael BORGOLTE, *Sozialgeschichte des Mittelalters. Eine Forschungsbilanz nach der deutschen Einheit* (HZ Beihefte, N.F. 22), München 1996, S. 37–48; Hans-Werner GOETZ, *Moderne Mediävistik. Stand und Perspektiven der Mittelalterforschung*, Darmstadt 1999, S. 174 f.; Werner HECHBERGER, *Adel im fränkisch-deutschen Mittelalter. Zur Anatomie eines Forschungsproblems* (Mittelalter-Forschungen 17), Ostfildern 2005, S. 34–69; zeitnah aus italienischer Sicht: Giovanni TABACCO, *La dissoluzione medievale dello stato nella recente storiografia*, in: *Studi medievali*, serie terza 1 (1960), S. 397–446, hier bes. 426–440; aus amerikanischer Perspektive: Benjamin ARNOLD, *Count and Bishop in Medieval Germany. A Study of Regional Power, 1100–1350*, Philadelphia 1991, S. 1–9; DERS., *Structures of medieval governance and the thought-world of Otto Brunner (1898–1982)*. In: *Reading medieval studies* 20 (1994), S. 3–12.

¹⁷ Otto BRUNNER, *Politik und Wirtschaft in den deutschen Territorien des Mittelalters*, in: *Vergangenheit und Gegenwart* 27 (1937), S. 404–422, hier S. 405.

¹⁸ Brunner, *Politik* (wie Anm. 17), S. 407.

¹⁹ Brunner, *Politik* (wie Anm. 17), S. 410.

²⁰ Brunner, *Politik* (wie Anm. 17), S. 409.

²¹ Brunner, *Politik* (wie Anm. 17), S. 408.

sei dann lediglich eine Ausdehnung dieser engeren hausherrlichen Gewalt auf Leute, die nicht unmittelbar im Haus leben, aber doch noch im weiteren Sinne zur Sphäre des Hauses gehören. Und sogar die spätere Landesherrschaft hielt Brunner nicht für qualitativ verschieden von der Herrschaft des Hausherrn über sein Haus.

Die Grundlinien, die schon hier gezogen waren, hat Brunner dann bald darauf in seinem Buch „Land und Herrschaft“ weitergeführt. Brunner meinte zeigen zu können: Alle Arten von Herrschaft waren gleichen Ursprungs – und daher auch ihrem Wesen nach gleichförmig (von der Herrschaft des Hausvaters über jene des Grundherrn und Fürsten bis hin zur Herrschaft des Königs). Damit wurde die gesamte Debatte des 19. Jahrhunderts über die königliche Herrschaft obsolet: Damals hatte man ja das Königtum in einem Verhältnis öffentlich-rechtlichen Charakters an einen Untertanenverband von Freien gebunden gesehen (oder aber – umgekehrt – in der Bindung an den König eine privatrechtliche Beziehung vermutet). Brunner zufolge gab es diese Kategorien im Mittelalter gar nicht. Statt dessen existierte eine alte, „autogene“ Adelsherrschaft, die der Herrschaft des Königs ihrem Wesen nach gleichgeordnet war²².

Damit hatte Brunner ein radikal neues Modell formuliert.²³ Allerdings basierte sein Buch „Land und Herrschaft“ im empirischen Teil lediglich auf Material aus dem spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Österreich. Über das Frankenreich vor der Jahrtausendwende hatte sich Brunner nicht geäußert. Eine quellenbasierte Untersuchungen zu dieser Frühzeit legte bald schon Walter Schlesinger mit seiner Habilitationsschrift vor, die er 1941 publizierte²⁴. Darin bestätigte er das neue Modell auch für die Frühzeit, wenn auch mit einigen Nuancierungen: Das „Wesen“ der „staatlichen Herrschaft“ sah auch Schlesinger zuvorderst in der persönlichen Herrschaft des Königs; die aber sei ihrerseits historisch „hervorgewachsen“ nicht nur aus dem Haus, sondern auch „aus der Herrschaft über das kriegerische Gefolge“, im Zuge von Kriegen und Eroberungen der Wanderungszeit.²⁵ Die Sonderstellung des Königs gegenüber dem Adel beruhte aus Schlesingers Sicht dann einerseits auf faktischer Machtfülle, andererseits auf der „Abstammung aus dem

²² Otto BRUNNER, Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter. Darmstadt 1973 (= Neudruck der 5. Auflage, Wien 1965, zuerst 1939; die Ausgaben der Nachkriegszeit sind deutlich gegenüber den Ausgaben von 1939 und 1941 verändert).

²³ Zu Weiterungen vgl. auch Otto BRUNNER, Moderner Verfassungsbegriff und mittelalterliche Verfassungsgeschichte, in: Herrschaft und Staat (wie Anm. 16), S. 1–19 [zuerst 1939]; DERS., Bemerkungen zu den Begriffen „Herrschaft“ und „Legitimität“, in: Festschrift für Hans Sedlmayr, hg. v. Karl Oettinger / Mohammed Rassem, München 1962, S. 116–133; DERS., Der Historiker und die Geschichte von Verfassung und Recht, in: Historische Zeitschrift 209 (1969), S. 1–16, hier bes. S. 13–15.

²⁴ Walter SCHLESINGER, Die Entstehung der Landesherrschaft. Untersuchung vorwiegend nach mitteldeutschen Quellen (Sächsische Forschungen zur Geschichte 1), Dresden 1941 [ND. Darmstadt 1964].

²⁵ SCHLESINGER, Entstehung (wie Anm. 24), S. 114.

edelsten Geschlechte“;²⁶ also der Herkunft aus königlichem Geblüt. Abgesehen von diesen Vorzügen übten jedoch auch die Adligen „in ihrem Kreise Herrschaft aus, Hausherrschaft und Gefolgherrschaft“. Und auch diese adlige Herrschaft habe „in gleicher Weise die Tendenz zu ‚staatlicher‘ Herrschaft“²⁷ in sich getragen wie die königliche. Schlesinger rechnete deshalb mit einem „Nebeneinander, Übereinander und Gegeneinander von Herrschaftskreisen verschiedenen Umfangs und verschiedener Bedeutung [...], aus denen sich der königliche über alle anderen erhebt. Innerhalb der Herrschaftskreise ist aber öffentliches und privates Recht im neueren Sinne nicht geschieden“.²⁸ Alle Menschen die in Gebieten lebten, die nicht Königsgut waren, unterstanden nach diesem Modell adliger Herrschaft. Als solche waren sie „dem Könige verbunden zunächst nur durch die persönliche Treuepflicht der adligen Herren dem Könige gegenüber“.²⁹ Die politische Ordnung war also nicht strukturiert durch die Herrschaft des Königs über einen Verband freier, grundbesitzender Untertanen; sie war ein Verband *königlicher* Herrschaft und *adliger* Herrschaft eigenen Rechts – eben ein „Herrschaftsverband“.

Wenn wir in die Geschichte der deutschen Mediävistik blicken, sehen wir demnach zwei große verfassungsgeschichtliche Modelle: ein älteres Modell des 19. Jahrhunderts, das die Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht voraussetzt und mit einer öffentlichen Gewalt des Königs über einen Untertanenverband von freien Grundbesitzern rechnete; und ein etwas jüngeres Modell, entstanden in den 1930er und 40er Jahren, das den Dualismus von öffentlichem und privatem Recht für das Mittelalter überhaupt verwarf – und statt dessen mit einer autogenen Adelsherrschaft rechnete, erwachsen aus der Sphäre des Hauses, qualitativ gleichförmig zur königlichen Herrschaft, jedenfalls aber nicht *unter*, sondern in einem Herrschaftsverband *neben* der Herrschaft des Königs stehend.

In den frühen 1980er Jahren, als Johannes Frieds fundamentaler Aufsatz erschien, bildete dieses Modell noch unangefochten „die herrschende Lehre“ der deutschen Mediävistik. Seitdem hat die historische Forschung allerdings nicht stillgestanden³⁰. Das zweite, das jüngere verfassungsgeschichtliche Modell sollte zwar die Fremdartigkeit des Mittelalters ernstnehmen; wir wissen heute aber längst, wie sehr es dennoch (oder gerade deswegen) dem 20. Jahrhundert verhaftet gewesen

²⁶ SCHLESINGER, Entstehung (wie Anm. 24), S. 118.

²⁷ Beide Zitate SCHLESINGER, Entstehung (wie Anm. 24), S. 119.

²⁸ SCHLESINGER, Entstehung (wie Anm. 24), S. 124; vgl. auch DERS., Herrschaft und Gefolgschaft in der germanisch-deutschen Verfassungsgeschichte, in: Herrschaft und Staat (wie Anm. 16), S. 135–190 [zuerst 1953], hier S. 138 f.: „Herrschaft erscheint somit als das Wesen des Königtums, doch ist sie, geht man vom Sprachlichen aus, nicht Herrschaft sui generis, sondern von der Herrschaft anderer Herren nur dem Grade, nicht dem Wesen nach unterschieden“.

²⁹ SCHLESINGER, Entstehung (wie Anm. 24), S. 126.

³⁰ Als erster hat František GRAUS, Verfassungsgeschichte des Mittelalters, in: Historische Zeitschrift 243 (1986), S. 529–589, hier bes. S. 552–573, grundstürzende Kritik an dem Modell geübt.

ist: Seit den 1990er Jahren haben wir nicht zuletzt durch zeithistorische Forschung zur Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus immer genauer zu sehen gelernt, wie weitgehend dieses neuere Modell auf Methoden und Annahmen beruhte, die – vorsichtig formuliert – aus dem rechtsintellektuellen Milieu im Deutschland und Österreich der 1920er und 1930er Jahren stammten³¹.

Das schafft Distanz zu dem Modell der sogenannten „neuen Verfassungsgeschichte“. Es fällt uns deshalb heute sehr viel leichter als in den 1980er Jahren, die Ebenen auseinanderzuhalten: Was deutsche Mediävisten im Gefolge von Brunner und Schlesinger bis weit in die 1980er Jahre für die Verfassung des frühmittelalterlichen Frankenreichs hielten, war nicht die historische Wirklichkeit des 9. Jahrhunderts. Es war ein Bild, ein historischer Entwurf, eine Konstruktion; und es war geradeso zeitbedingt wie alles, was wir Historiker je erarbeiten können. In der mittlerweile sehr internationalen Forschung zur karolingischen Welt rechnen Mediävisten gegenwärtig nicht mehr mit der Existenz eines solchen Herrschaftsverbands dem Wesen nach gleichförmiger königlicher und adliger Herrschaft. Das ist kein Wunder: Ein deutsches Verfassungsmodell der 1930er/40er Jahre, das so sehr die Zeit seiner Entstehung atmet, ist im frühen 21. Jahrhundert international nicht vermittelbar.

Das heißt nun aber selbstverständlich nicht, daß wir einfach in das 19. Jahrhundert zurückkehren, das ältere Modell etwa eines Georg Waitz hervorkramen und in ungebrochener Tradition zum Kulturkampf annehmen sollten, die *ecclesia* sei die Kirche und das *regnum* der Staat gewesen. Wir brauchen vielmehr ein neues,

³¹ Zur Zeitgebundenheit der „Neuen Verfassungsgeschichte“ insgesamt vgl. aus rechtshistorischer Perspektive Karl KROESCHELL, Führer, Gefolgschaft und Treue, in: Die Deutsche Rechtsgeschichte in der NS-Zeit, ihre Vorgeschichte und ihre Nachwirkungen, hg. v. Joachim Rückert / Dietmar Willoweit (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 12), Tübingen 1995, S. 55–76, hier bes. S. 73–75; aus zeithistorischer Sicht Anne Christine NAGEL, Im Schatten des Dritten Reichs. Mittelalterforschung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1970. Göttingen 2005. – Zu Brunner vgl. Otto Gerhard OEXLE, Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Wissenschaftsgeschichte. Anmerkungen zum Werk Otto Brunners, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 71 (1984), S. 305–341, hier bes. S. 317–321, der allerdings bezeichnenderweise, S. 327–337, noch meinte, Brunner habe sich zwar selbst auf die politischen Entwicklungen seiner Gegenwart bezogen, doch sei der Nationalsozialismus für Brunners „„Struktur“ wissenschaftlichen Denkens“ nicht konstitutiv gewesen; deutlich anders Gadi ALGAZI, Otto Brunner – „konkrete Ordnung“ und Sprache der Zeit, in: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945, hg. v. Peter Schöttler (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1333), Frankfurt am Main 1997, S. 166–203; DERS., Herrengewalt und Gewalt der Herren im späten Mittelalter. Herrschaft, Gegenseitigkeit und Sprachgebrauch (Historische Studien 17), Frankfurt am Main, New York 1996, S. 97–127; zur Nähe des Brunnerschen Werks zum NS außerdem Robert JÜTTE, Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Der Beitrag Otto Brunners zur Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte 13 (1984), S. 337–362, hier S. 354–362; Hans-Henning KORTUM, Mittelalterliche Verfassungsgeschichte im Bann der Rechtsgeschichte zwischen den Kriegen – Heinrich Mitteis und Otto Brunner, in: Das Lehnswesen im Hochmittelalter. Forschungskonstrukte – Quellenbefunde – Deutungsrelevanz, hg. v. Jürgen Dendorfer / Roman Deutinger (Mittelalter-Forschungen 34), Ostfildern 2010, S. 57–78.

ein zeitgemäßes Verfassungsmodell, das uns heute, im frühen 21. Jahrhundert, etwas zu sagen hat über das 9. Jahrhundert; ein Modell, das interessante Fragen generiert und künftige Forschungen zu strukturieren hilft. Wenn ich recht sehe, existiert ein solches Modell im Moment noch nicht!

Johannes Fried's fundamentaler Aufsatz von 1982 könnte uns hierhin den Weg weisen. Dazu müssen wir ihn freilich gewissermaßen „wiederlesen“ – mit unserem mittlerweile veränderten mediävistischen Forschungsstand im Kopf. Konkret bedeutet das ein Gedankenexperiment: Wir müssen das zeitverhaftete deutsche Modell der 1930er/40er Jahre aus unseren Köpfen streichen. Der „Herrschaftsverband“, das Nebeneinander von „Königs-“ und „Adelsherrschaft“, die Idee „autogener Adelsherrschaft“, die immer schon und auch noch in der Karolingerzeit dem Zugriff und Eingriff des Königs entzogen gewesen sei – auf all das müssen wir verzichten. Wir dürfen auch nicht mehr ohne weiteres davon ausgehen, daß die Herrschaft des Königs nur *ein* Faktor neben vielen anderen in einem „polyzentrischen Herrschaftsverband“ gewesen sei. Statt dessen sollten wir Fried's fundamentale Erkenntnis ernstnehmen: Die Eliten des 9. Jahrhunderts sahen keinen Herrschaftsverband von Adel und König; sie dachten im Rahmen der *ecclesia*.

Bei einem solchen Experiment erscheinen die politische Praxis und die Ziele der Karolinger und ihrer Eliten in einem neuen, einem interessanten Licht. Wir sehen dann nämlich, wie im Rahmen der *ecclesia* schon seit der Zeit Karls des Großen die Karolinger und ihre politischen Eliten sich selbst Verantwortung vor Gott zuschrieben für das Heil aller Menschen, die Gott gerade ihnen zur Führung und Leitung anvertraut hatte. Diese Denkfigur tritt uns in Texten des späten 8. und des 9. Jahrhunderts immer und immer wieder entgegen. Gerade sie hat jenes große Langzeitprojekt angetrieben, das Historiker die „karolingische Reform“ oder auch – mit einem Wort der Quellen – die karolingische „Correctio“ nennen³².

Unter diesem Stichwort diskutieren Mediävisten heute nicht mehr bloß Spitzenerzeugnisse einer antikisierenden Hofkultur, die gern in Karolinger-Ausstellungen zur Schau gestellt werden. „Correctio“, das war die von Gott den Eliten auferlegte Aufgabe (das *ministerium*), alle Christen zum Heil zu führen – indem man sie so überwacht, kontrolliert und bessert, daß sie möglichst gottgefällig handeln.

³² Aus der reichen Literatur seien hier nur genannt: Percy Ernst SCHRAMM, Karl der Große. Denkart und Grundauffassungen. Die von ihm bewirkte Correctio (Renaissance), in: Historische Zeitschrift 198 (1964), S. 306–345; Giles BROWN, Introduction: The Carolingian Renaissance, in: Carolingian Culture: Emulation and Innovation, hg. v. Rosamond McKitterick, Cambridge 1994, S. 1–51 (mit Überblick über die ältere Forschung); Johannes FRIED, Karl der Große, die Artes liberales und die karolingische Renaissance, in: Karl der Grosse und sein Nachwirken. 1200 Jahre Kultur und Wissenschaft in Europa, hg. v. P. L. Butzer / Max Kerner / W. Oberschelp, Bd. 1, Turnhout 1997, S. 25–43, hier bes. S. 36–40; Philippe DEPUEUX, Ambitions et limites des réformes culturelles à l'époque carolingienne, in: Revue Historique 307 (2002), S. 721–753; Rosamond MCKITTERICK, The Carolingian renaissance of culture and learning, in: Charlemagne. Empire and society, hg. v. Joanna E. Story, Manchester 2005, S. 151–166.

Dazu braucht es zwar viele richtige, korrekte Texte; aber sie waren letztlich doch nur ein Mittel zum Zweck. Im Kern zielte die „Correctio“ darauf ab, Menschen gottgefällig zu formen und zu erziehen – und zwar alle Menschen³³. Mehr noch: Es ging um die Menschen in ihrer gesamten Lebensführung, bis in kleinste Fragen hinein – bis hin zu dem interessanten Problem, was mit dem Kalb einer Kuh geschehen sollte, mit der ein Mensch Geschlechtsverkehr gehabt hatte. (Nicht schlachten, sondern verkaufen, aber möglichst an Heiden, befand kein Geringerer als Hrabanus Maurus, der Erzbischof von Mainz, auf eine konkrete Anfrage des Priesters Reginbod hin³⁴.)

Wenn wir den Rahmen der *ecclesia* ernstnehmen, dann können wir demnach die „Correctio“ als eine Art gewaltiges christliches Qualitätsmanagement begreifen. Alle Menschen sollten zu guten Christen gemacht werden, damit die Könige und die Eliten, die diese Menschen führten, ihrem von Gott auferlegten *ministerium* gerecht werden und so vor Gott Rechtfertigung finden konnten. Vor diesem Hintergrund aber werden wir den Herrschaftsanspruch der Könige und die politische Ordnung und Praxis des 9. Jahrhunderts neu einschätzen müssen. Wir sehen nämlich keinen quasi säkularen Herrschaftsverband mehr, in dem die einzelnen Adelsherrschaften dem Zugriff des Königs entzogen gewesen wären. Der Regelungs- und Kontrollanspruch des Königs reichte sehr viel weiter. Überdeutlich wird dies in den sogenannten „Kapitularen“: Etliche dieser königlichen Erlasse und Beschlüsse von Magnatenversammlungen enthalten Bestimmungen, die darauf abzielten, aus den Franken einen gottgefälligen *populus christianus* zu formen.³⁵ Diese Bestimmungen aber galten offenkundig nicht nur denjenigen Menschen, die auf königlichem Grund und Boden lebten; und auch nicht nur den Magnaten, die selbst Herrschaft über andere Freie ausübten. Diese Bestimmungen richteten sich vielmehr an *alle* Christen – in jenem weiten Gebiet, über das König zu sein Karl und seine Nachfolger für sich beanspruchten.

In seiner berühmten „Admonitio generalis“, einem großen Erlaß von 789, wandte sich Karl bezeichnenderweise in zahlreichen Bestimmungen ausdrücklich „an alle“ (*omnibus*); und nichts in diesen *capitula* deutet darauf hin, dass damit lediglich Hörige königlicher Grundherrschaften gemeint gewesen wären – oder qua

³³ Vgl. vor allem Carine VAN RHIJN, *Priests and the Carolingian Reforms: the Bottle-Necks of Local Correctio*, in: *Texts and Identities in the early Middle Ages*, hg. v. Richard Corradini et al. (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 13), Wien 2006, S. 219–237; DIES., *Karolingische priesterexamens en het probleem van 'correctio' op het platteland*, in: *Tijdschrift voor geschiedenis* 125 (2012), S. 158–171.

³⁴ Hrabanus Maurus, *Epistolae*, ed. Ernst DÜMLER (MGH Epp. 5), Berlin 1899, S. 379–516, hier Ep. 41, S. 480.

³⁵ Wichtig zu diesem Zusammenhang ist Nikolaus STAUBACH, „*Populum Dei ad pascua vitae aeternae ducere studeatis*“. Aspekte der karolingischen Pastoralreform, in: *La pastorale della Chiesa in Occidente dall'età ottoniana al concilio lateranense IV*, Mailand 2004, S. 27–54, hier bes. S. 36–39.

Treueid dem König verbundene adlige Herrschaftsträger. Ein einziges Beispiel muß hier genügen:

„Allen. Weiter bestimmen wir gemäß dem, was der Herr auch im Gesetz vorschrieb, dass Knechtsarbeiten an den Tagen des Herrn nicht verrichtet werden, wie ja auch mein Vater guten Angedenkens in seinen Synodaledikten geboten hat. Das heißt, dass die Männer keine Landarbeiten verrichten, weder beim Bestellen des Weinbergs noch in den Feldern beim Pflügen, Ernten oder Heuen oder Umzäunen, noch in den Wäldern roden oder Bäume fällen oder in den Steinen arbeiten, noch Häuser bauen. Sie sollen weder im Garten arbeiten noch zu Gerichtsverhandlungen zusammenkommen noch Jagden abhalten. Nur drei Fuhrarbeiten sind am Tag des Herrn erlaubt, nämlich Kriegs- oder Lebensmittelfuhren oder, wenn es nötig sein sollte, einen Leichnam zu Grabe zu ziehen. Ebenso dürfen Frauen keine Webarbeiten verrichten noch Kleidung schneiden noch nähen oder sticken. Weder Wolle zu zupfen noch Flachs zu brechen noch öffentlich Kleider zu waschen noch Schafe zu scheren sei ihnen gestattet, damit auf jegliche Weise die Würde und Ruhe des Tags des Herrn gewahrt werde. Indes sollen sie zu den Messfeiern von überall her in die Kirchen kommen und Gott preisen für alles Gute, das er uns getan hat an jenem Tag.“³⁶

Soll man wirklich annehmen, Karl der Große und seine Berater hätten hier nicht alle Menschen in jenem großen Gebiet gemeint, dessen Grenzen der König gegen äußere Einfälle zu verteidigen sich verpflichtet glaubte? Sollte für die Christen, die Land von einem anderen hielten und diesem ‚Grundherrn‘ dafür zu Abgaben und Diensten verpflichtet waren – sollte für diese Christen wirklich etwas anderes gelten? Durften sie sonntags arbeiten? Beispiele dieser Art ließen sich mühelos zu Dutzenden und Aberdutzenden anführen: Wieder und wieder treffen die Kapitularien Bestimmungen, die sich an *alle* Christen richten – mit dem Anspruch, deren Lebensweise gottgefällig zu bessern. In welchen Rechtsbeziehungen der einzelne Christ zu anderen Menschen stand, spielte dabei erst einmal gar keine Rolle.

Im Rahmen der *ecclesia* unterschied sich damit der Regelungsanspruch des Königs in seiner Qualität wie in seiner Reichweite deutlich von allem, was ein einzelner Adliger für sein Haus je hätte bestimmen können: Der in den Kapitularien formulierte Herrschaftsanspruch reichte weit über die Sphäre des karolingischen Hauses hinaus; er zielte auf die Gesamtheit jener Christen, die Karl als ihren König anerkannten, seien sie frei, unfrei, einem anderen zu Abgaben und Diensten verpflichtet oder nicht. Und dieser Herrschaftsanspruch blieb auch nicht auf

³⁶ Admonitio generalis, ed. Michael GLATTHAAR nach Vorarbeiten von Hubert MORDEK und Klaus ZECHIEL-ECKES (MGH Fontes iuris Germanici antiqui in usum scholarum separatim editi 16), Hannover 2012, c. 79, S. 230/232 (die Übersetzung nach ebd., S. 231/233).

Einzelaspekte (wie Abgaben, Dienste oder die Konfliktregelung) beschränkt. Er erfasste die gesamte Lebensweise aller Menschen.

*

So darf ich am Ende dieses Beitrags mein Kernanliegen noch einmal zuspitzen: Wenn wir mit Johannes Fried die *ecclesia* als Rahmen politischen Handelns akzeptieren, dann müssen wir den Geltungsanspruch und die Reichweite königlicher Herrschaft im 9. Jahrhundert neu evaluieren – jenseits des überkommenen Modells eines polyzentrischen Herrschaftsverbandes (den die Zeitgenossen wohl gar nicht sehen konnten, weil er gar nicht existierte). Wenn wir die *ecclesia* als Rahmen politischen Handelns akzeptieren, dann können wir ein neues, komplexeres Modell politischer Praxis der Karolingerzeit erarbeiten: Dieses Modell führt nicht zurück ins 19. Jahrhundert; denn es lebt weder von der Dualität von Kirche und Staat, noch von der Dichotomie zwischen öffentlichem und privatem Recht. Dieses Modell wird aber auch nicht einen (mehr oder minder säkularen) Herrschaftsverband von Königsherrschaft und autogener Adelherrschaft annehmen. Statt dessen wird das neue Modell zentral den hohen und weitgehenden Anspruch des Königs berücksichtigen, alle Christen in ihrem Alltag zu führen, zu lenken und zu überwachen, um sie zu einem gottgefälligen Leben anzuleiten. Man muß diesen religiös grundierten, sehr weitreichenden Herrschaftsanspruch über alle Christen vielleicht nicht eine „öffentliche Gewalt“ nennen. Aber wir sollten den hohen Anspruch der Karolinger und ihrer Eliten in unsere Analysen angemessen einbeziehen und seine Folgen für die politische Praxis untersuchen. Sie reichten erstaunlich weit.